

19. Februar 1970.

No. 194.

194.

Zusätzliches konjunkturelles Dämpfungsprogramm

---

(Vgl. P. No. 140/1) Das I. Departement orientiert über die am 16. Februar a.c. in Bern durchgeführte Sitzung, an der eine Delegation des Bundesrates - Bundespräsident Tschudi und die Bundesräte Celio, Gnägi und von Moos - mit den Partei- und Fraktionspräsidenten der vier im Bundesrat vertretenen Parteien einen Gedankenaustausch über die vom Bundesrat in Aussicht genommenen Massnahmen zur Konjunkturdämpfung pflog. Als erster Votant der politischen Parteien äusserte sich Nationalrat F. Grütter, Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Er gab der Befürchtung seiner leitenden Parteikreise darüber Ausdruck, dass der Landesring, der bereits bei den letzten eidgenössischen Wahlen mit Erfolg die Teuerung zum Hauptthema seiner Wahlpropaganda gemacht hatte, sich auch bei den nächsten Nationalratswahlen sich dieses Themas bemächtigen und behaupten werde, der Bundesrat sei schuld an der Teuerung, weil er nicht im richtigen Moment aufgewertet habe. Daher sei eine Revision des Münzgesetzes, die es dem Bundesrat gestatte, im richtigen Moment eine Paritätsänderung zu beschliessen, vordringlich. Im übrigen wären seine Partei wie seine Fraktion - im Gegensatz zu Nationalrat Max Weber - im Oktober für eine mässige Aufwertung gewesen. Heute aber könne man sich fragen, ob man nicht der Konjunktur am besten freien Lauf lassen sollte. Was die vorgesehenen Massnahmen im einzelnen betrifft, so bezweifelte Nationalrat Grütter den Wert der Zollsenkungen. Der Sterilisierung des Prägegewinnes stimmte er zu, ebenso der Reduktion der Exportrisikogarantie. Die Erschwerung der Abzahlungsgeschäfte habe, soweit es sich um den Kauf importierter Waren handle, konjunkturpolitisch keinen Einfluss. Einer Ausgabenbeschränkung des Bundes könne zugestimmt werden, doch dürfe daraus keine Einschränkung notwendiger öffent-

19. Februar 1970.

No. 194.

licher Investitionen zugunsten privater Investitionen resultieren. Das vorgesehene Exportdepot könne nicht überzeugen, da seine Wirkung zu einseitig wäre.

Ständerat Dr. W. Rohner, Vizepräsident der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, hielt dafür, dass die Arbeitsmarktpolitik und die Kreditzuwachsbeschränkung eine die Konjunktur abkühlende Wirkung haben würden, und dass man hier vielleicht eher schon zuviel als zu wenig getan habe. Würde dazu das bundesrätliche Dämpfungsprogramm durchgeführt, so könnte es zu einer Unterkühlung der Wirtschaft kommen. Wie die deutschen Absicherungsmaßnahmen gezeigt hätten, wäre das Exportdepot nicht sehr wirkungsvoll; es komme zu spät und stimmiere die Spekulation. Dagegen sollte eine Vorverlegung der Bezahlung der zweiten Wehrsteuerrate geprüft werden, denn dies brächte die Sterilisierung von 600 bis 800 Millionen Franken.

Nationalrat Dr. H. Conzett, Präsident der Schweizerischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, wies darauf hin, dass die neue Fremdarbeiterregelung nicht eine Bremsung der Konjunktur, sondern eine Lohnhausse via Abwerbung bringen wird. Man sollte die Entplafonierung während zwei Jahren aussetzen. Das Exportdepot beurteilte der Redner eher positiv, bezeichnete es aber als zu schematisch. Deshalb sollten Betriebe mit normaler Expansion des Umsatzes von beispielsweise 10 % befreit werden. Eine andere Möglichkeit wäre, das Exportdepot jenen Betrieben, deren Export nicht mehr als 10 % pro Jahr steigt, bereits nach einem Jahr zurück zu erstatten. Mit einer verfeinerten Lösung könnte er sich einverstanden erklären.

Nationalrat Dr. F. Kurmann, Präsident der Konservativ-christlichsozialen Volkspartei der Schweiz, stellte fest, dass es nach Auffassung der Wissenschaft für den wichtigsten Teil des bundesrätlichen Programms, das Exportdepot, bereits

19. Februar 1970.

No. 194.

zu spät sei. Die Konjunktur zeige im Ausland bereits Anzeichen einer Abschwächung. An Stelle eines Exportdepots sollte man ein Lohndepot einverlangen im Sinne eines eigen-tumsbildenden Investivlohnes. Auch könnte man die AHV-Beiträge je nach Konjunkturlage variabel gestalten. Trotz der vorhandenen Bedenken äusserte sich der Redner grundsätz-lich positiv zum Exportdepot. Im weiteren plädierte er für eine Revision des Münzgesetzes.

Hier warf Bundespräsident Tschudi ein, die unglückliche Kompetenzregelung im Münzgesetz verdanke man, ebenso wie die Unterlassungssünden bezüglich des Ausbaues des Notenbank-Instrumentariums im Jahre 1953, der Nationalbank.

Nationalrat Dr. K. Furgler, Präsident der Konservativ-christlichsozialen Fraktion, bezeichnete ebenfalls den Zeit-punkt für die Einführung des Exportdepots als etwas spät. Sicher sei die Revision des Münzgesetzes wichtig, doch müsse der Zeitpunkt derselben gut gewählt werden. Die letzte Kon-junkturdämpfungsaktion war wirksam; sie wurde allerdings fragwürdig, als die politische Front auseinander zu brechen begann. Die vorliegende Botschaft vermittelt kein richtiges Bild darüber, welche Absichten der Bundesrat bezüglich der Konjunkturpolitik insgesamt hegt, denn das wichtige Kapitel über die Fremdarbeiterpolitik fehlt. Was das Exportdepot an-belangt, so lässt sich dessen Wirkung heute nicht überblicken, und die langfristigen Auswirkungen sind noch nicht durch-dacht. Lohnt es sich aber, fragte der Redner, grosse Kämpfe für etwas zu führen, das in der Wirkung fragwürdig ist? Man sollte nicht zu viel Gewicht auf das Exportdepot legen, viel-mehr eine Regelung treffen, die künftig der Regierung mehr Handlungsfreiheit gibt. Im übrigen ist die Verfassungsgrund-lage des Exportdepots fragwürdig.

19. Februar 1970.

No. 194.

Nationalrat Dr. E. Wyss, Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion, bekannte sich als Gegner des Exportdepots, trat dagegen für eine Globalplafonierung der Fremdarbeiter ein. Für den Fall, dass das Exportdepot im Parlament angenommen werden sollte, wäre mit einem Referendum gegen die Vorlage zu rechnen. Die Revision des Münzgesetzes ist notwendig, doch muss man sich damit nicht beeilen. Der Zeitpunkt für eine Aufwertung, die im Oktober 1969 richtig gewesen wäre, ist jetzt vorbei, doch gilt es, für die nächste Auftriebsphase bereit zu sein. Heute müsse mit einer Umkehr der Konjunktur gerechnet werden; der Höhepunkt des Exportbooms sei überschritten. Die Kommission für Konjunkturfragen, welcher Dr. Wyss angehört, habe das Exportdepot, weil zu spät und wenig wirksam, abgelehnt. Die übrigen Massnahmen des bundesrätlichen Programms seien nicht hoch einzuschätzen. Die Teuerung könnten wir nicht mehr aufhalten und müssten nun nach dem Verzicht auf eine Aufwertung die Anpassungs-inflation über uns ergehen lassen. Allerdings werde bei einer Ablehnung des Exportdepots im Parlament das Ansehen des Bundesrates leiden; würde indessen die Vorlage in einer Volksabstimmung abgelehnt, so würde das Ansehen der Regierungsparteien geschädigt, was noch nachteiliger wäre.

Nationalrat H. Tschanz, bisheriger Präsident der Bauern-, Gewerbe- und Bürger-Fraktion, äusserte sich zugunsten des Exportdepots, befürwortete aber ebenfalls die nähere Abklärung einer differenzierten Anwendung. Die Landwirtschaft werde starke Preiserhöhungen verlangen müssen.

Nationalrat Dr. G.-A. Chevallaz (fr.) erklärte, es sei erschütternd, sehen zu müssen, wie jede konjunkturpolitische Massnahme auf Widerstand stosse, weil Einzelinteressen getroffen würden. Allerdings seien die Wirtschaftsprognosen meist falsch gewesen, auf die man die Massnahmen bisher gestützt habe, weshalb man immer zu spät gekommen sei. Die

19. Februar 1970.

No. 194.

deutsche Aufwertung habe die Kostenhausse nicht gestoppt, weil sie zu spät erfolgt sei. Der Redner sprach sich für eine Weiterverfolgung des Vorschlages des Gewerkschaftsbundes - Vorfinanzierung der zweiten Säule der Altersvorsorge - aus.

Nationalrat Grütter wies auf die Tendenz, die Zinsen der Kassenobligationen zu erhöhen, hin und erkundigte sich, ob die Nationalbank dies nicht stoppen könne. Er brachte auch die Unterpriorität-Emissionen von Kassenobligationen zur Sprache.

Bundesrat Celio räumte ein, dass der Bundesrat die Revision des Münzgesetzes nicht in der Märzsession werde vorschlagen können; vielmehr werde man hierfür den richtigen Zeitpunkt auswählen müssen. Die Fremdarbeiterregelung konnte in der Botschaft nicht in den Vordergrund gestellt werden, da die Verfassungsgrundlage umstritten ist. Man muss beim Bund mit einer starken Realloohnerhöhung rechnen. Jedermann ist für einen Konjunktur-Verfassungsartikel; sobald aber konkrete Massnahmen getroffen werden müssen, zeigen sich Widerstände.

Bundespräsident Tschudi betonte, wie wichtig die psychologisch-politischen Faktoren der Teuerung seien. Es gelte, sich für die Zukunft besser vorzubereiten, und man sollte häufiger in diesem Kreise zusammenkommen. Der Bundesrat werde voraussichtlich am Vorschlag für ein Exportdepot festhalten. Man sollte allgemein dafür sorgen, dass der Bundesrat mehr konjunkturpolitische Kompetenzen erhalte.

Der Sprechende betonte im Laufe der Diskussion, dass die Spekulationsneigung stark zugenommen habe. Wir müssten daher vorsichtig operieren. Im Hinblick auf sein Votum wurde man sich darüber einig, dass die Münzgesetzrevision zurückgestellt werden muss. Er betonte ferner, dass eine Franken-

19. Februar 1970.

No. 194.

Spekulation die Kreditzuwachsbeschränkung unwirksam machen würde; diese und nicht das Exportdepot sei aber das Rückgrat fast aller Massnahmen. Sie zu retten, sei das wichtigste. Eine Gefahr bezüglich einer Aufwertungsspekulation bestehe sowohl bei Annahme als auch bei Ablehnung des Exportdepots, doch sei sie bei einer Ablehnung etwas grösser. Mit der Verschiebung der Münzgesetzrevision könnte wohl der grösste Beruhigungseffekt erzielt werden. Es sei nicht möglich, den weiteren Verlauf der Konjunktur im Ausland klar voraus zu sehen. Zwar zeigten sich in den USA einzelne Anzeichen eines Konjunkturrückganges. Da aber damit gerechnet werden müsse, dass in einem solchen Falle die amerikanischen Kreditrestriktionen sofort gelockert würden, wäre es durchaus möglich, dass ein Konjunkturreinbruch bei uns gar nicht spürbar würde.

Auf eine entsprechende Frage des II. Departements erklärt der Sprechende, dass dem Einwand, das Exportdepot komme zu spät, eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden kann. Eine derartige Massnahme ist in der Phase der Nachfrageinflation angezeigt. Wir befinden uns aber bereits im Uebergang von der Nachfrage- zur Kosteninflation, und sowohl in den USA wie in der Bundesrepublik ist die Kosteninflation in vollem Gange.

Das Direktorium nimmt von der Berichterstattung des I. Departements mit Interesse Kenntnis.

Notiz zu Protokoll.

Protokollauszug an das I., II. und III. Departement.